

Abänderungsantrag

**der sozialdemokratischen Abgeordneten
zur Beilage 578/2017 (Bericht des Finanzausschusses betreffend den Voranschlag des
Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2018 [einschließlich
Dienstpostenplan]),
Budgetgruppe 7 „Wirtschaftsförderung“,
betreffend sozialökonomische und gemeinnützige Beschäftigungsinitiativen**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

1. Der in der Voranschlagstelle 1/781405/7430/008 „Sozialökonomische und gemeinn. Beschäftigungsinitiativen, Beiträge an Firmen und jur. Personen“ im Teilabschnitt 1/78140 „Pakt für Arbeit und Qualifizierung für Oberösterreich“ veranschlagte Betrag von 1.525.000 Euro wird auf 2.265.000 Euro erhöht.
2. Der in der Voranschlagstelle 1/940908/3500/011 „Tilgung von aufgenommenen Fremdmitteln“ im Teilabschnitt 1/94090 „Bedarfszuweisungen“ veranschlagte Betrag wird dementsprechend um 740.000 Euro gekürzt.

Begründung

Sozialökonomische und gemeinnützige Betriebe unterstützen und beschäftigen besonders jene Menschen, die es am ersten Arbeitsmarkt schwer haben zu reüssieren. Dass gerade bei diesen Beschäftigungsinitiativen die Landesförderung im Vergleich zum Jahr 2016 um knapp ein Drittel gekürzt werden soll, ist angesichts der Situation am Arbeitsmarkt, die sich gerade erst langsam erholt, der falsche Schritt.

Durch diesen Abänderungsantrag soll die Landesförderung für sozialökonomische und gemeinnützige Beschäftigungsinitiativen auf den Stand des Jahres 2016 angehoben werden.

Linz, am 05. Dezember 2017

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Binder, Müllner, Punkenhofer, Peutlberger-Naderer, Rippl, Bauer, Schaller, Krenn, Promberger, Makor, Weichsler-Hauer